

ist, im Kampf gegen Ausbeutung und um die politische Macht alle Kampfformen zu beherrschen. —*■

Klassenkampf des Proletariats im Kapitalismus, —*• *Anarchismus*, —▶

Trotzkismus

Bewegung nichtpaktgebundener Staaten: Gesamtheit von rund einhundert Ländern, die das Prinzip der Nichtpaktgebundenheit verfolgen und gleiche oder ähnliche Forderungen wie die sozialistischen Staaten zur Gestaltung der internationalen Beziehungen stellen. Sie bildet in der UNO eine besondere Gruppe, führt in der Regel alle drei Jahre Gipfelkonferenzen durch und stimmt ihre Aktivitäten u. a. seit 1973 mittels eines Koordinierungsbüros ab, das vom Staats- bzw. Regierungschef des Gastgeberlandes der jeweils letzten Gipfelkonferenz geleitet wird.

Der Anstoß zur Herausbildung der B. ging von der Konferenz in Bandung 1955 aus, auf der 29 Staaten Asiens und Afrikas die von Lenin begründeten Normen der friedlichen Koexistenz (Souveränität und territoriale Integrität, Ablehnung jeder Aggression, Nichteinmischung, Gleichberechtigung und gegenseitiger Vorteil, friedliches Nebeneinanderleben) bestätigten. Begründet wurde die B. auf der I. Gipfelkonferenz der Staats- bzw. Regierungschefs nichtpaktgebundener Staaten 1961 in Belgrad auf Initiative von J. B. Tito, G. A. Nasser, J. Nehru, A. Sukarno u. a. Die Ziele der B. sind: Sicherung des Weltfriedens, Abrüstung und Neuordnung der internationalen Beziehungen im Geist der —* *friedlichen Koexistenz* u. a. durch Schaffung von Zonen des Friedens auf allen Kontinenten; Festigung der Souveränität und territorialen Integrität der Staaten, d. h. Abwehr der imperialistischen Einmischungs- und Aggressionspolitik, Auflösung von Militärpakten und Beseitigung von Militärbasen auf

fremden Territorien; Beistand für den nationalen Befreiungskampf aller noch unterdrückten Länder; Beseitigung aller Kolonien und Halbkolonien, des Rassismus und der Apartheid; Herstellung der vollen Gleichberechtigung der Staaten, Umwandlung der Weltwirtschaftsbeziehungen, Abbau des ungleichen Handelsaustausches, der ökonomischen Ausplünderung durch imperialistische Konzerne; Kampf um tatsächliche Entwicklungshilfe für rückständige Länder; Entfaltung einer allseitigen Zusammenarbeit und gegenseitigen Unterstützung zwischen den nichtpaktgebundenen Staaten. Die II. Gipfelkonferenz 1964 in Kairo schlug der UNO vor, eine Deklaration über Prinzipien der friedlichen Koexistenz zu beschließen. Die III. Gipfelkonferenz 1970 in Lusaka verabschiedete u. a. eine Allgemeine Resolution zur Dekolonialisierung und wandte sich entschieden gegen die USA-Aggression in Indochina, gegen die Kolonialpolitik Portugals und gegen die Apartheid. Die ökonomische Deklaration der IV. Gipfelkonferenz 1973 in Algier, in der den Mitgliedern eine erweiterte Zusammenarbeit mit den sozialistischen Staaten empfohlen und der Imperialismus als Feind des wirtschaftlichen Aufstiegs der Entwicklungsländer charakterisiert wurde, führte zur 6. UNO-Sondertagung über Weltwirtschaftsprobleme. Die V. Gipfelkonferenz 1976 in Lusaka begrüßte den sowjetischen Vorschlag einer Weltabrüstungskonferenz und schlug eine Abrüstungs Sondertagung der UNO als ersten Schritt dazu vor. Die VI. Gipfelkonferenz 1979 in Havanna forderte die Weiterführung der Entspannung, das Inkrafttreten von SALT II, weitere reale Abrüstungsschritte, die Auflösung der imperialistischen Militärstützpunkte in Lateinamerika, die Durchsetzung der UNO-Deklaration von 1971 über die Schaffung einer Zone des